

43
78

Union in Deutschland

Bonn, den 14. Dezember 1978

Schluß mit der Personal- Diskussion

Die Solidarität innerhalb der Union, die Wahlen zum Europäischen Parlament und in Berlin sowie die Familienpolitik standen im Mittelpunkt der Sitzung des Bundesausschusses der CDU am 11. Dezember 1978. Einstimmig hat der „Kleine Parteitag“ folgende Entschließung verabschiedet:

- Der Europakongreß der SPD hat gezeigt, daß die SPD den Sozialismus in die Bundesrepublik Deutschland über Europa einführen will. Sie führt die sozialistische Kampagne offener denn je und gibt die Abgrenzung gegenüber der kommunistischen Ideologie mehr und mehr auf.
- Angesichts dieser Entwicklung ist es besonders unverantwortlich, daß in der letzten Woche die Personaldiskussion um die Frage des Kanzlerkandidaten der Union wieder begonnen wurde. Dies schadet beiden Unionsparteien bei der Europawahl und nützt dem politischen Gegner.
- Der Bundesausschuß der CDU unterstreicht die volle Solidarität mit dem Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl und verurteilt alle Äußerungen, die in Inhalt und Form dem Geist der Vereinbarungen widersprechen, die CDU und CSU nach

Weiter auf Seite 2

■ BUNDES- AUSSCHUSS

Signal für die politische Wende /
Auszüge aus der Rede Helmut
Kohls in Berlin Seite 2

Heiner Geißlers Antwort an
die SPD: Wir werden ein soziali-
stisches Europa verhindern
Seite 5

Berlin als nationale Aufgabe
Seite 7

■ EUROPÄISCHE WÄHRUNG

Es darf keine europäische
Inflationsgemeinschaft entstehen
Seite 11

■ WOHNUNGSBAU

Mehr Steuerbegünstigung für
kinderreiche Familien
Seite 13

■ INFORMATION

Bernd Neumann wieder Spitzen-
kandidat in Bremen. Seite 14

■ DOKUMENTATION

Für die kinderfreundliche Ge-
sellschaft / Bundesausschuß
verabschiedete Entschließung
zum Internationalen Jahr
des Kindes grüner Teil

Signal für die politische Wende

In seinem Bericht zur politischen Lage vor dem Bundesausschuß führte Helmut Kohl unter anderem aus:

Die Standortbestimmung der CDU in der Halbzeit der Legislaturperiode zeigt: Die CDU ist in einer ausgezeichneten Verfassung. Der Ludwigshafener Bundesparteitag hat überzeugend und mit größtmöglicher Geschlossenheit unser Grundsatzprogramm verabschiedet. Unsere Partei hat gegenüber SPD und FDP ein unverwechselbares Profil. Der Ludwigshafener Bundesparteitag hat deutlich gemacht: Es gibt in der CDU einen breiten Konsens über die Grundsätze und Ziele der Politik. Es gibt in der CDU keine Flügelkämpfe zwischen einzelnen Gruppierungen und Vereinigungen.

Das Echo auf unseren Bundesparteitag war bei den Kirchen, den Verbänden, der Wirtschaft und den Gewerkschaften außerordentlich positiv. Die Reaktionen von SPD und FDP waren Dokumente der Rat- und Sprachlosigkeit. Der Brief

(Fortsetzung von Seite 1)

der letzten Bundestagswahl mit dem Ziel getroffen haben, in der Bundesrepublik Deutschland die SPD-FDP-Koalition abzulösen.

■ Die CDU bekräftigt die Einheit von CDU und CSU. Die Union als die freiheitliche und soziale Alternative zur SPD und FDP erfüllt ihre Aufgabe, indem sie glaubwürdig, selbstbewußt und offen für die Probleme der Bürger eintritt und einig ist.

von Herbert Wehner an die SPD-Fraktion macht deutlich:

Unser programmatischer Durchbruch kann ein Signal für die politische Wende sein. Deshalb dürfen wir das Grundsatzprogramm nicht in der Schublade versperren, sondern wir müssen es nutzen als Richtschnur für unsere politische Arbeit auf allen Ebenen, wir müssen es mit Leben erfüllen und schrittweise in die Tat umsetzen.

Die Chancen, unsere Überzeugungskraft weiter zu stärken, sind gut. Denn die Parteienlandschaft hat sich in den letzten Wochen verändert. SPD und FDP liegen — wie die letzten Parteitage in Mainz und Köln zeigen — im scharfen Wettlauf nach links. Schulter an Schulter versuchen sie, die politische Achse der Bundesrepublik nach links zu verschieben. Unverkennbar für jeden Bürger vertieft sich die Kluft zwischen Basis und Führung beider Parteien.

Die von der SPD-Führung geheimgehaltene Studie über das Selbstverständnis der Partei offenbart, daß sich heute die Mehrheit der SPD-Mitglieder als Sozialisten versteht, aber nur 20 Prozent der Anhängerschaft dieses Selbstverständnis entwickelt hat. Hier ist eine offene Flanke, die allein wir nutzen können.

Die FDP ist dazu nicht länger in der Lage. Sie hat mit ihren Beschlüssen zur Extremistenfrage, zum Schnellen Brüter ihre Führung bloßgestellt und sich aus der politischen Mitte verabschiedet und ihrer Führung damit jeden koalitionspolitischen Spielraum genommen.

Vertrauensvotum für Karl Carstens

Wie die CDU in der parlamentarischen Arbeit ihre Politik sachlicher Alternati-

Aktionen im Jahr des Kindes

Die Entschliebung zum Internationalen Jahr des Kindes „Für eine kinderfreundliche Gesellschaft“ wurde vom Bundesausschuß in Berlin einstimmig verabschiedet (Wortlaut grüne Beilage). Die Diskussion über den Entwurf einer Kommission, die der Bundesvorstand unter Leitung von Helga Wex eingesetzt hatte, war von einem Referat des Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes, Prof. Dr. K. Nitsch, eingeleitet worden. Helga Wex stellte vor dem Bundesausschuß fest:

Wenn wir zum Internationalen Jahr des Kindes eine eigene Entschliebung verabschieden, so geht es uns dabei nicht etwa um die Bereinigung eines Programm- und Leistungsdefizits, sondern es geht uns dabei darum, ein Zeichen zu setzen, das nach innen und außen Signalwirkung hat. Bei all dem, was verbessert werden muß, wird von uns auch aufgezeigt werden können, was z. B. CDU-Länder und -Gemeinden schon für Kinder und Familien getan haben, um damit auch Ermutigung für andere zu geben.

Diese Entschliebung soll der Hintergrund sein für viele einzelne Aktionen auch über dieses Jahr hinaus. Dabei wollen wir eine breite Welle persönlichen, freiwilligen Engagements in Gang setzen. Wir können damit unseren Willen und unsere Bereitschaft unterstreichen, den Kindern in unserer Gesellschaft die bestmöglichen Chancen und Lebensbedingungen zu gewähren und verhindern, daß nach 1979 die Aufmerksamkeit wieder erlahmt.

ven in wesentlichen Fragen unter Beweis gestellt hat, so wird sie ihre Führungsfähigkeit auch in Personalfragen auch im kommenden Jahr unter Beweis stellen:

Ich habe mit einmütiger Zustimmung durch den Bundesvorstand und Fraktion Karl Carstens als Kandidaten der Union für die Wahl des Staatsoberhauptes durch die Bundesversammlung vorgeschlagen. Die Kampagne gegen Karl Carstens ist beispielhaft für das, was wir in der kommenden Zeit erleben werden. Täuschen wir uns nicht: Der Name von Karl Carstens steht für uns alle. Jeder Kandidat der Union würde sich einer von Haß gekennzeichneten Verleumdungskampagne ausgesetzt sehen.

Aber wir werden diese Bemühungen zum Scheitern verurteilen.

Wir stehen kurz vor wichtigen Wahlkämpfen, in die wir mit hervorragenden Aussichten hineingehen. Wer in dieser Lage eine voreilige Personaldiskussion entfacht, wer leichtfertige und substanzlose Kritik an einem Slogan übt, der nicht mehr als ein Vorwahlkampf-slogan ist, der nützt nur unserem politischen Gegner. Wir können es uns nicht leisten, unseren Mitbürgern das Schauspiel von Uneinigkeit und mangelhafter Solidarität zu geben. CDU und CSU haben nach der letzten Bundestagswahl vereinbart, nach den Landtagswahlen des kommenden Jahres gemeinsam und einvernehmlich unsere Strategie für die Bundestagswahl 1980 festzule-

gen. Die CDU bleibt bei dieser klaren Absprache.

In Berlin: Beispiel für Solidarität

Die CDU hat in Berlin ein Beispiel für Solidarität gegeben. Ich danke Peter Lorenz für seinen Vorschlag, Richard von Weizsäcker als Spitzenkandidaten der Berliner CDU für die kommende Wahl zu gewinnen, und ich danke Richard von Weizsäcker für seine Entscheidung, sich dieser Herausforderung zu stellen. Diese Kandidatur ist ein Signal für Berlin und ein Signal für die Vertretung deutscher Interessen in Berlin. Diese geteilte Stadt ist für unsere Partei eine nationale Aufgabe. Eine konstruktive Politik für Berlin läßt sich nicht an Worten, sondern nur an Taten messen.

Während SPD und FDP eine Entscheidung über den Sitz der Nationalstiftung verzögert, verlangt die Union eindeutig Berlin als Standort. Wir verlangen die Verwirklichung der Beschlüsse der von dem Bundespräsidenten einberufenen Berlin-Kommission. Sie sind für uns nur ein erster Schritt. Wir müssen noch mehr tun, um die Zukunft Berlins in Freiheit zu sichern: Dazu ist eine Verbesserung der Familienförderung, eine Verbesserung der Wohnungssituation notwendig, dazu sind wirksamere Maßnahmen zur Industrieansiedlung und eine Neugestaltung der Flugsubventionen erforderlich.

Wichtige Aufgaben

Wir werden unsere politische Arbeit in den kommenden Monaten auf das Generalthema der Sicherung unserer Zukunft in Freiheit konzentrieren:

① Wir werden nicht zulassen, daß immer mehr Regelung, Gleichmache-

rei und Bürokratie die persönliche Freiheit des Bürgers einschränken. Die CDU wird konkrete Vorschläge zum Abbau der Bürokratie, etwa im Baurecht oder im Gewerberecht, ausarbeiten und darauf drängen, daß die Gesetzesflut eingedämmt, daß der Datenschutz gewährleistet wird.

② Die CDU hat sich der Aufgabe gestellt, das Vertrauen der Bürger zum Staat wieder herzustellen. Wir haben keine Staatskrise, sondern eine Krise des Vertrauens zu den Regierenden, von der die CDU auch mitbetroffen ist. Wir werden uns darum bemühen, die geistigen Grundlagen unseres Staatsverständnisses zu verdeutlichen. Wir werden nicht zulassen, daß elementare Einrichtungen unserer Verfassung ins Zwielficht gezogen werden. Wer jetzt erlebt, wie das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsklage unter politischen Druck gesetzt wird, erkennt gefährliche Versuche, die Entscheidungsfreiheit des Gerichtes einzuschränken.

Die CDU wird auch in der Extremistenfrage ihre klare und unmißverständliche Haltung aufrechterhalten. Jede andere Haltung wäre Verrat an den Lehren der deutschen Geschichte, die dargelegt hat, wie eine parlamentarische Demokratie von Verfassungsfeinden zerstört wird.

③ Die CDU wird alle Anstrengungen unternehmen, um eine lebenswerte und menschenwürdige Zukunft vor allem für die junge Generation zu sichern. Die CDU wird den Mut aufbringen müssen, auch eigene Fehler z. B. in der Schulpolitik zu korrigieren. Sie wird der Versuchung widerstehen, Gegenwartsprobleme wie Rentenfinanzierung, Staatsverschuldung und Umweltschutz auf die Zukunft zu verlagern.

Heiner Geißler zur Europawahl:

Wir werden ein sozialistisches Europa verhindern

Von der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament trennen uns noch sechs Monate. Der soeben beendete Parteitag der Sozialdemokratischen Partei zeigt, daß die SPD offenbar die Absicht hat, diesen Wahlkampf mit rücksichtsloser Härte gegen die Christlich Demokratische Union zu führen, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler vor dem Bundesausschuß.

Nicht die Kommunisten, nicht die Marxisten innerhalb des internationalen Sozialismus erklären sie zum Gegner der Sozialdemokraten, sondern uns, die Christlichen Demokraten. Wir machen die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland darauf aufmerksam, daß wir diese Herausforderung im Sinne unserer Politik und im Interesse eines freiheitlichen und sozialen Europa annehmen.

Wir haben einen Vorteil bei dieser Auseinandersetzung. Die Bürger in Deutschland und in Europa wissen, daß sie mit den Christlichen Demokraten die Partei wählen, die von Anfang an die europäische Einigung zu ihrem obersten internationalen Ziele erklärt hat, bereits zu einer Zeit, als die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland diese Politik auf das entschiedenste bekämpft haben.

Das in Köln beschlossene Wahlprogramm der SPD ist eine einzige Kampfansage an uns. Die SPD ist entschlossen, Europa zu einem ideo-

logischen Kampfplatz zwischen Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und Christlichen Demokraten, Konservativen und Liberalen auf der anderen Seite zu machen.

Um die Einleitung ihrer Volksfrontstrategie gegenüber den Wählern zu vertuschen, versucht die SPD durch Diffamierung der CDU das politische Koordinatenkreuz zu verschieben. Auf diese Weise soll marxistischer Sozialismus als Mitte erscheinen, sollen die tatsächlichen Pläne der SPD verdeckt werden.

Da ist vom Aufbau einer neuen Ordnung die Rede, von Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Die sozialistischen Partnerparteien der SPD in Europa sagen es klarer: Sie wollen Verstaatlichung, Wirtschaftslenkung, Investitionskontrolle. Ein sozialistisches Europa, oder keines. Dies war schon die Parole von Mitterrand.

Die Sozialdemokraten haben auf diesem Parteitag zu erkennen gegeben, daß sie die Europawahl mit der Überschrift bestreiten wollen: „SPD — Partei der Arbeitnehmer, für ein Europa der Arbeitnehmer“. Wir machen darauf aufmerksam, daß der soziale Fortschritt für die Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland, die soziale Sicherheit, über die unsere Arbeitnehmer in einem hohen Maß verfügen, in einer wesentlich höheren Rate als in anderen Ländern, daß dieser soziale Fortschritt für die Arbeitnehmer nicht Ergebnis sozialdemokratischer, son-

dem Ergebnis christlich-demokratischer Regierungsverantwortung ist.

Unter der Regierungsverantwortung sozialdemokratischer Bundeskanzler ist es zu sozialen Spannungen gekommen, die es während der Verantwortung von CDU-Regierungen in den Jahren 1949 bis 1969 nie gegeben hat. Die zunehmende Härte der Tarifauseinandersetzungen, die Aufkündigung der konzertierten Aktion und die zunehmenden gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sind typische Beispiele dafür.

Schuld haben SPD und FDP

Schuld an den sozialen Spannungen, schuld an den Problemen, die die Arbeitnehmer heute zunehmend haben, ist die politische Unfähigkeit von SPD und FDP, auf die Kardinalprobleme unseres Landes eine befriedigende Antwort zu geben. Seit 1972 sind unter der Regierungsverantwortung der SPD 1,7 Mill. Arbeitsplätze zerstört worden, ist eine Investitionslücke von über 170 Mrd. DM entstanden. Man hat versäumt, die Inflation rechtzeitig zu bekämpfen, die Folge ist Arbeitslosigkeit. Nicht die Soziale Marktwirtschaft trägt die Verantwortung für Inflation und daraus resultierende Arbeitslosigkeit, sondern diejenigen, die die Soziale Marktwirtschaft zunehmend zerstören, diejenigen die politisch versagt haben, die nicht den politischen Mut gehabt haben, die wichtigen und sozialen Entscheidungen zu fällen.

Die sozialen Spannungen in der Bundesrepublik Deutschland sind darauf zurückzuführen, daß SPD und FDP den Regelkreis Soziale Marktwirtschaft durchbrochen haben, daß eine leistungs- und wettbewerbsfeindliche Poli-

tik betrieben wurde, daß klassenkämpferische Ideologie vertreten wurde.

Wenn die Sozialdemokraten sich als Partei der Gewerkschaften zu profilieren versuchen, dann warnen wir die Gewerkschaften vor diesem Anbiederungsversuch der Sozialdemokraten und weisen gleichfalls darauf hin, daß die Gewerkschaften ihre erfolgreichste Zeit gehabt haben, als sie mit den CDU-Bundesregierungen zusammengearbeitet haben in einer kritischen Auseinandersetzung zwar, aber offen und in klaren sachbezogenen Auseinandersetzungen und einig in dem Ziel, das Beste für Arbeitnehmer und die gesamte Bevölkerung herauszuholen.

Die Phase weitgehender Unterstützung der Bundesregierung durch die Gewerkschaften seit 1969 hat zwar zu einer Befestigung der Regierung von SPD und FDP aber gleichzeitig bei den Gewerkschaften selbst zu zunehmenden Problemen mit und an der eigenen Basis geführt, weil viele Gewerkschaftsmitglieder heute nicht mehr bereit sind, eine Interessenidentität zwischen einzelnen Führern der Gewerkschaften und der Bundesregierung zu akzeptieren.

Anbiederung zurückweisen

Deshalb sollen die deutschen Gewerkschaften den neuen europapolitischen Anbiederungsversuch der SPD zurückweisen und auch wiederholen, was der DGB-Vorsitzende Vetter vor der letzten Bundestagswahl in dankenswerter Klarheit gesagt hat, daß nämlich die Strategie der Sozialdemokraten, die CDU als soziales Risiko hinzustellen, nicht die Zustimmung der Einheitsgewerkschaft der Bundesrepublik Deutschland finden kann.

Berlin als nationale Aufgabe

Wir müssen Berlin wieder als eine nationale Aufgabe begreifen. Und: Der demokratische Wechsel in Berlin ist überfällig. Das waren die Kernsätze der Rede des Spitzenkandidaten der Berliner CDU, Richard von Weizsäcker, vor dem „Kleinen Parteitag“. Berlin braucht frisches Blut aus dem Bundesgebiet, das gilt für die Politik genauso wie für Kultur und Wirtschaft. Die Stadt könne „nicht nur von Gastspielen leben“.

Berlin als nationale Aufgabe werde nur dann richtig begriffen, betonte Richard von Weizsäcker, wenn über das finanzielle Ableisten der Berlin-Förderung hinaus das persönliche Engagement für die Stadt wieder in den Vordergrund gerückt werde. Er rief die Bundespartei auf, sich im Berlin-Wahlkampf zu engagieren und schloß seine Rede mit der Pointe: Das über Berlin hinaus bekannte Kabarett ‚Die Stachelschweine‘ nenne nach anderthalb Jahren Stobbe-Senat Berlin eine ‚Kreishauptstadt‘. „Wir wollen dafür sorgen, daß sie sich am 18. März 1979 ein neues Programm geben müssen.“

MdB Karl-Heinz Narjes gab anschließend einen Bericht zur Lage der Wirtschaft in Berlin, in dem er aufzeigte, was für diese Stadt und ihre Menschen in den nächsten Jahren getan werden müsse, um die nationale Aufgabe Berlins auch wirtschaftlich zu untermauern.

Wir haben zur Vorbereitung des Europa-Wahlkampfes unsere Aussage formuliert, „Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen“. Wir wissen, daß das Glück nicht durch politische Entscheidungen herbeigeführt werden kann. Aber: Politik kann die Voraussetzung dafür sein, daß Menschen unglücklich werden, indem sie Freiheit, sozialen Frieden, soziale Gerechtigkeit, den äußeren Frieden verlieren.

Unsere Aussage: „Politik für die Freiheit — Glück für den Menschen“ soll zum Ausdruck bringen, daß wir als christliche Demokraten in unserer Politik auf unserem personalen Menschenbild aufbauen. Dadurch sehen wir uns verpflichtet, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Menschen frei, daß

sie sozial gerecht und auch in Frieden leben können als Voraussetzung für das persönliche Glück, für das jeder einzelne selbstverständlich auch persönlich zu sorgen hat. Fragen wir diejenigen Bürger Europas jenseits der Frontlinie, die mitten durch unser Land und diese Stadt Berlin läuft, ob sie uns nicht zustimmen in der Aussage, daß Politik Unglück verursachen kann? Die Antwort wäre eindeutig, und wir wissen es aus unserer eigenen Geschichte, wohin eine Politik führen kann, die wertfrei ist, die gottlos ist.

Eine politische Partei wie die Christlich Demokratische Union, die von einem christlichen Menschenbild ausgeht, tut gut daran, deutlich zu sagen, daß wir unsere Politik nicht machen, um persönliche Macht zu

erobern, um persönliche Macht durchzusetzen, sondern daß wir Macht als etwas auffassen, das dem einzelnen Menschen, seinem Wohl und seinem Glück zu dienen hat. Wir wollen den Menschen dienen, wir wollen sie nicht beherrschen.

Auch bei der Europawahl kommt es zuerst auf die politischen Inhalte an. Von ihnen ausgehend werden wir unsere Wahlaussage formulieren. Dabei dürfen wir mit unserem Ideenreichtum nicht sparsam umgehen. Dies wäre aber der Fall, wenn wir, wie es uns mancher Wahlerprobte rät, einfach die Slogans früherer Wahlen wiederholen würden.

Gegen den Sozialismus

Jedermann in der Bundesrepublik Deutschland weiß, daß wir die Partei der Freiheit sind, daß wir gegen den Sozialismus kämpfen, weil wir nicht wollen, daß aus unserer Gesellschaft eine sozialistische Gesellschaft wird. Aber ich möchte den zentralen Punkt unserer Analyse auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen unterstreichen.

Der ganze Reichtum der christlich-demokratischen Idee ist es, der von uns gefordert wird und den wir vor dem Bürger entfalten müssen. Die Abgrenzung zum Sozialismus und zum Kommunismus ist zwar ein besonders wichtiges, aber doch nur ein Element unserer Politik. Wir kämpfen nicht nur gegen etwas, sondern wir treten auch für etwas ein.

Wir haben in Ludwigshafen die Grundwerte, die wir verwirklichen wollen, formuliert: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Der Grundirrtum der Sozialisten, aber auch der sogenannten Liberalen

besteht darin, daß sie nicht erkennen, daß diese Grundwerte sich gegenseitig bedingen und begrenzen. Die eigentliche politische Aufgabe ihrer Verwirklichung besteht darin, angesichts der wechselnden und sich wandelnden Herausforderungen das Verhältnis der Grundwerte zueinander stets so zu gestalten, daß sie zusammen ihre humane, friedensstiftende und soziale Wirkung entfalten. Das heißt, es gibt Zeiten und Länder, in denen die Solidarität und die soziale Gerechtigkeit die am meisten gefährdeten Werte sind. Es könnte sein, daß die Bürger in Sizilien z. B. dies so sehen. Es gibt aber auch bei uns Länder, in denen die Freiheit besonders gefährdet ist, und die Erfahrung lehrt uns, daß dies meistens der Fall ist, wenn Sozialisten politische Herrschaft ausüben. Dies bedeutet, daß wir im Inhalt und in der Formulierung unserer Politik alle Grundwerte in den europäischen Wahlkampf einbringen. Wir stehen damit in der Gemeinschaft der Europäischen Volkspartei, die mit uns die gleiche Grundrichtung im europäischen Wahlprogramm formuliert hat. Wir werden unsere Öffentlichkeitsarbeit zur Europa-Wahl auf dem aufbauen, was wir in Ludwigshafen beschlossen haben.

Lassen Sie mich abschließend auf folgendes hinweisen: Bei all diesen werblichen Maßnahmen stehen wir — so meine ich — auf einem sicheren politischen Fundament. Wir sind davon überzeugt, wo der deutsche Wähler ein Europa-Plakat der CDU sieht, weiß er aufgrund der politischen Geschichte Nachkriegsdeutschlands, hier wirbt die deutsche Partei für Europa, hier wirbt die Partei Konrad Adenauers, die sich Europa zum Ziele gesetzt hat als politische Aufgabe.

■ KOALITION

Klose verlor 160 000 Wähler

Seit Juni sind der Hamburger SPD 26 Prozent ihrer Wähler weggelaufen, das sind rund 160 000 Wähler. Der Grund: Bürgermeister Kloses Äußerungen zur Radikalen-Frage und seine Stamokap-thesen. Dies ermittelte das Emnid-Institut in einer Umfrage für die Bild-Zeitung. Wären Kloses Äußerungen bereits Anfang Juni bekannt gewesen, hätte seine SPD nicht die absolute Mehrheit (51,5 Prozent im Juni), sondern nur noch rund 39 Prozent bekommen. „Das ist der wahrscheinlichste Wert“, so die Meinungsforscher von Emnid.

Solidarität . . .

Helmut Rohde, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, und Peter von Oertzen, Vorsitzender der SPD Niedersachsen, haben sich voll mit den Äußerungen des Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose zur Wirtschaftspolitik und zur Extremistenfrage solidarisiert. In einer einstimmig angenommenen Erklärung des SPD-Bezirksvorstandes Hannover, dem beide SPD-Politiker angehören, heißt es, daß die Auffassungen Kloses sich in voller Übereinstimmung mit dem Grundsatzprogramm und dem „Orientierungsrahmen '85“ der SPD befinden.

Immer wieder: Mehr Staat

Ludwig von Friedeburg, Ex-SPD-Kultusminister von Hessen, schrieb im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“: „Es gibt kein Besitzstandsrecht von Eltern auf die herkömmliche Schule und deren soziale

Auslese.“ Er begründete seine These damit, daß die Schulkinder zugleich werdende Staatsbürger seien, über deren Ausbildung demzufolge nicht die Eltern allein zu befinden haben, sondern die Gesamtheit aller Bürger, also der Staat.

DKP-Freunde bleiben — Fredersdorf muß gehen

Die Absicht, Fredersdorf aus der SPD auszuschließen, zeigt nach Ansicht des Unionsabgeordneten Reinhold Kreile, daß diese Partei für eine innerparteiliche Diskussion über Sachfragen alles andere als offen ist. Sie zeigt weiter, daß der SPD an einer Steuervereinfachung bei gleichzeitigem Abbau der Steuerlast in Wirklichkeit nichts liegt. Wenn die SPD mit denen, die Aktionsbündnisse mit Kommunisten schließen und unsere demokratischen Grundordnungen aushöhlen wollen, nur halb so rigoros wie mit Fredersdorf umspringen würde, müßte sie eine ganze Reihe von Mitgliedern ausschließen.

Autoritärer Stil bei Regierungsantworten

Die CDU/CSU hat den Stil der Bundesregierung bei der Behandlung von Abgeordneten-Fragen in den Fragestunden des Bundestages kritisiert. Der CDU-MdB Hans Hugo Klein erklärte, die Art, in der sich die Regierung der Beantwortung von Fragen zunehmend entziehe, lasse das Interpellations- und Kontrollrecht des Parlaments „allmählich leerlaufen“. Die ständige — wenn auch zuweilen wortreiche — Verweigerung von Antworten erinnere an den Stil, mit dem autoritäre Regierungen mit ihren sogenannten Parlamenten umzugehen pflegten. Als konkreten Fall

nannte Klein die Haltung von Staatsminister Klaus von Dohnanyi und des Parlamentarischen Staatssekretärs Andreas von Schoeler, die Antworten auf Fragen nach der Tätigkeit des jugoslawischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik unter Hinweis auf die vertrauliche Unterrichtung des Rechtsausschusses verweigert hätten.

Konsequenzen des Linksliberalismus

Auf der kürzlich stattgefundenen Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland (KUD) sprach der Präsident der Technischen Universität Rolf Berger als Vertreter der SPD von einem tiefgreifenden Dissens zwischen Pragmatikern und Vertretern der „konkreten Utopie“. Berger bekannte, „daß ich auch Neonazis als Lehrer akzeptiere“. Freilich ging es ihm eigentlich um die Abschaffung des „Berufsverbots“ für kommunistische Verfassungsfeinde. Doch mußte er auf die direkte Frage nach den Nazis auch diese Konsequenz ziehen.

Vorzeitige Entlassungen sind ein Skandal

Immer mehr Bonner Spitzenbeamte müssen vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Staatsdienst scheiden und kassieren hohe Ruhegelder. „Was die Ausnahme sein sollte, droht in Bonn zur Regel zu werden“, fürchtet der Vorsitzende des Bundestags-Haushaltsausschusses, MdB Heinrich Windelen.

Nach dem Rücktritt von Bundeswehr-Generalinspekteur Wust sei es jetzt an der Zeit, daß sich der Haushaltsausschuß des Parlaments mit diesem Thema befasse. Windelen: „In der laufenden Legislaturperiode dürften mehr hohe politische Beamte in den einstwei-

ligen Ruhestand versetzt worden sein als in den 20 Jahren Regierungszeit von CDU/CSU und FDP.“ Windelen forderte die Bundesregierung auf, bei der Auswahl von Topbeamten künftig so sorgfältig zu verfahren, „daß das Risiko einer sehr kurzfristigen Beschäftigung mit den erheblichen finanziellen Folgen für den Steuerzahler auf ein vertretbares Minimum begrenzt wird“.

General Wust (zuletzt Besoldungsgruppe B 10) bekommt ein monatliches Ruhegeld von rund 7 000 Mark. Er ist vorläufig letzter „Polit-Frührentner“. Manfred Baden, zuletzt Abteilungsleiter bei Arbeitsminister Ehrenberg, wurde mit einer monatlichen Pension von rund 6 000 Mark entlassen. Ministerialdirektor Herbert Laabs, der im Bundesverteidigungsministerium über die Spionageaffäre Lutze/Wiegel stolperte, bekommt ebenfalls rd. 6 000 Mark Pension. Weil er vertrauliche Unterlagen an eine Illustrierte weitergegeben haben soll, wurde Abteilungsleiter Müller im Bundespresseamt entlassen. Er bezieht mehr als 4 000 Mark Ruhestandsgelder.

Bonn beschenkt wieder einmal die DDR

Die Bundesregierung hat die Revisionsklausel in der Vereinbarung mit der DDR über die jährliche Zahlung der Transit-Pauschale aufgegeben. Das bestätigte Bonns Ständiger Vertreter in Ost-Berlin, Staatssekretär Günter Gaus, vor dem Haushaltsausschuß des Bundestages. Nach Berechnungen der CDU/CSU, die sich auf das vom Innerdeutschen Ministerium registrierte Aufkommen im Transitverkehr stützt, wurde dadurch der DDR ein Rückerstattungsbetrag von 174 Mill. DM geschenkt.

■ EUROPÄISCHE WÄHRUNG

Es darf keine europäische Inflationsgemeinschaft entstehen

Die CDU/CSU wird Einzelheiten des neuen „Europäischen Währungssystems“ gründlich prüfen, weil wir jeden Schritt begrüßen, der Europa wirklich voranbringt, politisch, wirtschaftlich, auch währungspolitisch, erklärte MdB Hansjörg Häfele, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion bei der Debatte im Bundestag.

Für feste Wechselkurse in Europa wird u. a. ins Feld geführt:

- eine bessere Voraussesbarkeit im innereuropäischen Außenhandel und damit seine Kräftigung.
- Sie können eine Stütze für Regierungen sein, welche mehr Geldwertstabilität erreichen wollen.
- Sie können die politische Einheit fördern.

Beim letzten Punkt ist eine Enttäuschung eingetreten, weil nicht neun Staaten das neue System übernehmen, sondern weitgehend nur eine Aufstockung der bisherigen Schlange von fünf Ländern auf sechs erfolgt ist. Die Bundesregierung hat die Unterstützung der CDU/CSU, wenn sie Stabilitätsrisiken zurückweist und Opfer nur dann leistet, wenn diese Europa echt voranbringen.

Die CDU/CSU sieht in dem System der festen Wechselkurse aber auch erhebliche Gefahren:

Die wirtschaftliche Lage und die Inflationsquoten in den einzelnen Ländern

sind derart verschieden, daß das Risiko einer mittleren Linie von Inflation besteht, welche die Neigung hätte, die Inflation noch mehr zu steigern.

Vor allen Dingen für die Bundesrepublik Deutschland bestehen besondere Gefahren, weil wir in den letzten Jahren erfreulicherweise und mühsam genug Erfolge errungen haben in der Herabführung der Inflationsquote. Diese Erfolge wären wohl nicht möglich gewesen ohne freie Wechselkurse und ohne die Anpassungsfähigkeit der bisherigen Mini-Schlange.

Ein Scheitern des neuen Systems könnte in Europa eine Enttäuschung hervorrufen, so daß das Gegenteil von dem beabsichtigten politischen Zweck erreicht würde.

Die CDU/CSU würdigt die Erklärungen der Bundesregierung, wonach Europa auf Geldwertstabilität gegründet werden müsse. Dies kann nur gelingen, wenn u. a. folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

Alle Teilnehmer müssen eine Wirtschaftspolitik auf der Grundlage von Geldwertstabilität betreiben. Der richtige Satz des Londoner Gipfels vom 11. Mai 1977 muß Leitlinie sein: „Inflation verringert die Arbeitslosigkeit nicht. Im Gegenteil: Sie ist eine der Hauptursachen.“ Die westliche Welt hat mit der Inflation in den letzten Jahren ja leidvolle Erfahrungen gesammelt. Das Wiederfinden der Geldwertstabilität ist eine

entscheidende Frage für die freiheitliche Welt.

Es müssen frühzeitige und geräuschlose Wechselkursänderungen möglich sein. Sonst werden Länder mit hoher Geldwertstabilität genötigt, ständig schwache Währungen aufzukaufen, was zu einer unvermeidbaren Geldmengenvermehrung führt. Nach der Entschliebung sind Wechselkursanpassungen nur im gegenseitigen Einvernehmen aller Länder und unter Beteiligung der Kommission möglich.

Hier besteht eine große Gefahr für die Unabhängigkeit der Bundesbank. Genau dieser Unabhängigkeit verdanken wir im wesentlichen die Erfolge in der Bekämpfung der Inflation. Die Bundesbank darf nicht gehindert werden, ihren gesetzlichen Auftrag nach dem Bundesbankgesetz wahrzunehmen und die Geldmenge so zu steuern, daß keine Inflation entsteht.

Die CDU/CSU hält wie die Bundesregierung an ihren Zusagen gegenüber der Bundesbank und den Bundesfinanzministern an seiner Zusage gegenüber dem Finanzausschuß fest, wonach Wechselkursanpassungen äußerstenfalls auch ohne dieses Einvernehmen vorzunehmen sind. Die schwachen Währungen müssen intervenieren, für Gleichgewicht sorgen, nicht die stabileren Währungen dürfen genötigt werden, durch Geldmengenaufblähung in den Geleitzug der Inflation zu geraten. Es darf auf keinen Fall ein politischer Mechanismus für gemeinschaftliche Inflationsraten auf mittlerem Niveau entstehen.

Der Bundeskanzler hat Kritikern vorgeworfen, sie seien gegen Europa, nationalistisch, provinziell. Da macht er es sich doch zu einfach. Die wissenschaftlichen Sachverständigen und die

erfahrenen Praktiker sind keine Provinzler. Sie machen sich vielmehr Sorge um eine gesunde Entwicklung.

Die Kritik, auch die der CDU/CSU, war ja teilweise auch nicht ohne Erfolg: Der Weg von Bremen ist verlassen worden, einen schwankenden Währungskorb als Auslöser für Interventionen zu schaffen. Dies wäre eine Brutstätte für eine europäische Inflation geworden.

Die Kritik der CDU/CSU war konstruktiv und hilfreich, auch der Antrag der CDU/CSU vom 14. September 1978. Wir haben der Regierung in schwierigen internationalen Verhandlungen den Rücken gestärkt. Dies war genauso verantwortungsbewußt wie in den letzten Jahren, als wir die Regierung gestützt haben bei der Abwendung von Bestrebungen, wir Deutschen sollten die internationalen Probleme mit der Scheinlösung von mehr Inflation erleichtern.

Es bleibt die ernsthafte Frage und Sorge: Sind angesichts der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt und der auseinanderklaffenden Inflationsraten nicht freie Wechselkurse doch das geringste Übel? Immerhin haben die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz damit Erfolge erzielt in der Bekämpfung der Inflation. Es wurden auch Inflations-Länder bestraft und zur Verbesserung ihrer Wirtschaftspolitik gezwungen. Dieser Meinung war auch der Bundeskanzler lange Jahre.

Vorrangig ist für die CDU/CSU: Es darf keine europäische Inflationgemeinschaft entstehen. Sie wäre kein europäischer Fortschritt, sondern ein europäischer Rückschlag.

Die CDU/CSU ist für ein Europa der Geldwertstabilität. Die Geldwertstabilität ist die Grundlage für Wohlstand für alle, für gesundes Wachstum und Vollbeschäftigung. Daran werden wir die Regierung messen.

■ WOHNUNGSBAU

Mehr Steuerbegünstigung für kinderreiche Familien

Die derzeitige Wohnflächengrenze für die zehnjährige Grundsteuerbefreiung von Familienheimen möchte die CDU/CSU von zur Zeit 144 bzw. 156 Quadratmeter für kinderreiche Familien erweitern. Ein entsprechender Gesetzentwurf der im Bundestag eingebracht wurde sieht deshalb vor, daß diese Grenzen bereits vom dritten Kind an um je 20 Quadratmeter überschritten werden dürfen.

Ferner sollen die Familien, die zunächst ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung bauen und die Wohnflächengrenzen überschreiten, danach aber die Kinder bekommen, in die Steuervergünstigung hineinwachsen können, erklärte CDU-MdB Friedrich-Adolf Jahn, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Raumordnung, Städtebau und Wohnungsbau.

Nach dem derzeitigen Recht können Familienheime mit einer Wohnung nur dann als steuerbegünstigt anerkannt werden und damit in den Genuß der zehnjährigen Grundsteuerbegünstigung gelangen, wenn die Wohnflächengrenze von 156 qm nicht überschritten wird. Diese Wohnflächengrenze ist maßgebend sowohl für kinderlose Ehepaare als auch für Ehepaare mit ein bis drei Kindern. Erst vom vierten Kind an erhöht sich die zulässige Wohnflächengrenze, und zwar um je 20 qm für das vierte und jedes weitere Kind.

Bei eigengenutzten Eigentumswohnungen darf die zulässige Wohnfläche für eine Familie mit drei Kindern nicht größer als 144 qm sein. Unser Entwurf sieht vor, daß die Wohnflächengrenzen von 156 qm bzw. 144 qm bereits vom dritten Kind an überschritten werden dürfen, und zwar um je 20 qm für das vierte Kind und jedes weitere Kind. Dies ist ein wichtiger familienpolitischer Beitrag für die Entfaltung kinderreicher Familien.

Gleichzeitig muß die Möglichkeit geschaffen werden, noch nachträglich in die Grundsteuerbegünstigung hineinwachsen zu können. Eine Familie, die erst vier Kinder bekommt, dann baut und die Wohnflächengröße von 176 qm nicht überschreitet, baut nach geltendem Recht steuerbegünstigt. Eine Familie dagegen, die erst Zukunftsvorsorge trifft, also erst 176 qm baut, aber die vier Kinder später bekommt, d. h. nach dem Einzug, erhält die genannte Steuervergünstigung nicht. Warum eigentlich nicht? Ein Vogel baut bekanntlich zuerst sein Nest und legt dann die Eier! Die Wohnungsbaupolitik stellt dieses Naturgesetz auf den Kopf!

Deshalb sollen auch die Familien, die zunächst ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung bauen und die Wohnflächengrenzen überschreiten, danach aber die Kinder bekommen, in die Steuervergünstigung hineinwachsen können.

■ INFORMATION

Bernd Neumann wieder Spitzenkandidat

Mit großem Beifall der Delegierten des außerordentlichen Parteitages der Bremer Landes-CDU ist der einstimmige Vorschlag des Landesvorstandes quittiert worden, den 36jährigen Oppositionschef der Bremischen Bürgerschaft, Bernd Neumann, erneut zum Spitzenkandidaten der Union für die Landtagswahlen 1979 zu nominieren.

„Wie keiner von uns vorher“, so unterstrich der Landesvorsitzende Uwe Hollweg in seiner politischen Rede, habe Neumann — und dies bestätigen alle Umfragen — einen „beachtlichen Anerkennungs- und Sympathiewert“ in der Bevölkerung erreicht.

Aufgrund eines chaotischen Glatteiswetters und der deshalb nicht vollzählig erschienenen Delegierten wurden die eingereichten Anträge aus den einzelnen Stadtbezirksverbänden an einen Sonderparteitag verwiesen, der am 8. Januar nächsten Jahres in Bremen-Stadt durchgeführt wird. An jenem Tag wird auch der Kandidat der Bremer CDU für die Europa-Wahlen, Dr. Ernst Müller-Hermann (MdB), die Position der Unionsparteien zu Europa erläutern.

Erfolg der Union: Richtgeschwindigkeit 130

Am 1. Dezember trat die Richtgeschwindigkeit 130 auf unseren Autobahnen endgültig in Kraft. Dies ist ein Erfolg konsequenter CDU/CSU-Politik. Zugleich ist es ein Angebot an 25 Millionen Autofahrer, ihr Fahrverhalten in vollem Bewußtsein ihrer Eigenverantwortung und ihrer Verantwortung für

die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer an die jeweilige Situation anzupassen. Weit mehr als Reglementierungen und Verbote steht die Richtgeschwindigkeit unter dem Zwang der Bewährung. Dies muß dem Autofahrer durch gezielte Informationen immer wieder deutlich gemacht werden, was bisher viel zu wenig geschehen ist. Darüber hinaus müssen die tatsächlichen Unfallschwerpunkte in unserem Autobahnnetz besser erkennbar sein.

Übereinstimmung mit dem Kath. Männerwerk

Die Gewährleistung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst sowie aktuelle Fragen der Familienpolitik, des elterlichen Sorgerechtes und des Jugendhilferechtes standen im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Vertretern der Bundesvereinigung Katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke und den CDU-Bundestagsabgeordneten Albrecht Hasinger, Irmgard Karwatzki, Roswitha Verhülsdonk, Willi Weiskirch und Dr. Dorothee Wilms sowie Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle, das am Dienstag, 12. Dezember 1978, unter der Leitung des Bundesvorsitzenden der Bundesvereinigung Katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke, Günter Giesen, und des Leiters der Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Ulf Fink, im Konrad-Adenauer-Haus stattfand.

Im Laufe der Diskussion ergab sich völlige Übereinstimmung in der Einschätzung der Notwendigkeit und der Wege, den öffentlichen Dienst, insbesondere auch die Schulen, von Verfassungsfeinden freizuhalten. Ebenso waren die Teilnehmer übereinstimmend der Auffassung, daß die Neuordnung

des Rechtes der elterlichen Sorge und des Jugendhilferechtes sich am Wohle der Familie als Erziehungsgemeinschaft und an der Förderung der Eigenverantwortung und des persönlichen Engagements junger Menschen orientieren müsse, nicht aber vorwiegend auf staatliche Eingriffe und mehr Bürokratie abstellen sollte. In diesem Zusammenhang äußerten die Teilnehmer starke Bedenken gegen die vorliegenden Gesetzesentwürfe der Bundesregierung und der SPD/FDP-Koalition.

CDU gegen Stufenlehrer

Die CDU-Opposition im Düsseldorf-Landtag verlangt die Abkehr vom Stufenlehrer-Prinzip und statt dessen eine Pädagogen-Ausbildung, die auf die traditionellen Schulformen (Grund-, Haupt-, Realschule und Gymnasium) ausgerichtet ist. Ihr schulpolitischer Obmann, Heinrich Meuffels, hielt der SPD/FDP-Regierungskoalition vor, sie habe 1974 die Stufenlehrer-Ausbildung gegen die CDU durchgepeitscht, um einen Hebel für die generelle Änderung der bewährten Schulstruktur zu haben.

AStA Hannover arbeitet mit CISNU zusammen

Scharfe Kritik an der Zusammenarbeit zwischen der Juso-Hochschulgruppe und iranischen Studenten-Organisation CISNU im Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Universität Hannover hat der Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Hannover, Joachim Reuter, geübt. Die CISNU wird für die jüngsten Ausschreitungen anlässlich einer Anti-Schah-Demonstration in Frankfurt mitverantwortlich gemacht.

Gemeinsam mit der CISNU hatte der AStA zu der Frankfurter Demonstration aufgerufen, hatte zusammen mit der

CISNU eine Film- und Diaschau über die blutigen Ereignisse veranstaltet, hatte in ganz Hannover ein Plakat „Tod dem Schah“ verbreitet und dem AStA-Auslandsreferenten Eslami (CISNU) erlaubt, vom AStA aus gegen den Schah und nichtkommunistische Studenten an der Uni Hannover zu agieren. Seiner Aufgabe als Vertreter von 18000 hannoverschen Studenten werde der AStA schon lange nicht mehr gerecht, erklärte Joachim Reuter.

Wählerwille schuf in Spanien demokratisches Fundament

Zum Ausgang des Volksentscheids über die spanische Verfassung erklärte der Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), Kai Uwe von Hassel, MdB, Spanien habe auf dem Weg aus dem Regime Franco zu einem parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaat einen großen Schritt nach vorn getan. Die Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs sei mit großer Energie betrieben; seine Grundlinien entsprächen denen anderer freiheitlicher Staaten in Europa. Diese Verfassung habe jetzt eine überwältigende Mehrheit der abgegebenen Stimmen des zum Volksentscheid aufgerufenen Volkes gefunden. Damit habe Spanien den Schlußstein in sein neues demokratisches Fundament eingefügt.

Konrad-Adenauer-Stiftung eröffnet Büro in Brüssel

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in Brüssel ein Verbindungsbüro eröffnet. Ihr Vorsitzender, Bruno Heck, bezeichnete die neue Vertretung als Kontaktstelle zur EG und zur christlich-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. Ferner solle sie die Zusammenarbeit mit der Europäischen Volkspartei (EVP) fördern.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELÄNDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Zwei Gesichter

Es hatte ein Parteitag der Harmonie sein sollen. Mit Verabschiedung ihres Europawahlprogramms wollte die SPD in Köln das Rennen um möglichst viele sozialistische Mandate im direkt gewählten Europäischen Parlament beginnen. Doch die sorgfältig ausgetüftelte Parteistrategie wurde überollt von einem in Form und Inhalt völlig unerwarteten Gefecht um sozialdemokratische Grundsätze für die Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst. In unerbittlicher Schärfe attackierten sich Spitzenossen wie Helmut Schmidt und Fraktionschef Herbert Wehner, der Bremer Linksaußen Hening Scherf und Justizminister Hans-Jochen Vogel. Was Partelize Hans Koschnick mit seinem Stab in monatelanger Kleinarbeit als SPD-Richtschnur in der leidigen Extremistenfrage ausgearbeitet, was Vorstand und Parteirat bereits gebilligt hatten, sollte in Köln nicht nur zum sozialdemokratischen Kredo, sondern zur

Zwangsjacke für jeden SPD-Dienstherrn hochstilisiert werden.

Unüberhörbar erging die Drohung von Wehner und Scherf an die Adresse jener Genossen, die ihren Dienst und den Verfassungsgehorsam über das imperative Parteimandat zu stellen gedanken. Schmidt, Koschnick und Vogel kämpften leidenschaftlich gegen dieses Dogma. Ihr Plädoyer für das Grundgesetz und die Beamten Gesetze konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Partei nach Köln schwersten Zerreißproben entgegengieht. Die SPD in ihrer heutigen Verfassung — das ist nicht mehr eine Partei, es sind zwei: eine Volkspartei und eine Klassenpartei.
Die Welt, 11. Dezember 1978

Der Bundeskanzler hat seiner Partei kein warnendes Wort mehr zugerufen wie noch vor zwei Wochen in Hamburg. Er hat eine Rede gehalten, die ohne Zweifel für die zukünftige Entwicklung Europas wichtige und gute Akzente enthielt. Aber die „Reizthemen“, wie neuerdings in seiner Partei die strittigen Fragen genannt werden, hat er ausgespart.

Kölnische Rundschau, 11. Dezember 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (022 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argeländerstraße 173, Telefon (022 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, N 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,- DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UjD